

++ 08:55 Trittin: Unter Merkel ufern Rüstungsexporte aus · Berlin

Startseite » Region

07.02.2013, 16:59 Uhr

Polit-Krach um den Bahnlärm - Rheinland-Pfalz gegen Schienenbonus

Berlin/Rheinland-Pfalz. Die schwarz-gelbe Bundesregierung und der demnächst von SPD und Grünen dominierte Bundesrat werfen sich gegenseitig vor, die Einführung eines verbesserten Lärmschutzes für die Anwohner von Bahntrassen zu verzögern. Dabei geht es um den Schienenbonus: Länder wie Rheinland-Pfalz wollen den Schienenbonus früher abschaffen.



Wenn der Schienenbonus kippt, wird es am Mittelrhein nicht leiser. Denn auf bestehenden Strecken soll weiter der bisherige Lärm erlaubt sein.

Der Schienenbonus garantiert der Bahn, dass die Züge mehr Lärm (fünf Dezibel) machen dürfen als der Fahrzeug- oder Flugverkehr, auch nachts. Das ermöglicht das Bundes-Immissionsschutzgesetz von 1990.

Die Länderkammer hat den Gesetzentwurf des Bundes zum Schienenbonus nicht gebilligt und den Streit in den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat verlagert. Grund: Länder wie Rheinland-Pfalz wollen den Schienenbonus früher abschaffen. Der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm geht der Entwurf ohnehin nicht weit genug: Denn danach werden bestehende Strecken wie das stark betroffene Rheintal überhaupt nicht entlastet.

Der Bund wirft den Ländern vor, ein wichtiges Gesetz zu verzögern. „Das ist eine Länderblockade auf dem Rücken der Anwohner. Die Verzögerung bei der Verbesserung des Lärmschutzes für Anwohner wird schwer zu erklären sein“, meinte eine Sprecherin des Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer (CSU).

Die Regierungsfractionen von Union und FDP hatten das Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bereits im November verabschiedet. Danach soll der sogenannte Schienenbonus beim Lärmschutz ab 2016 entfallen. Aufgrund der Schienenbonus-Regelung muss die Bahn bei Neu- und Ausbauprojekten bislang weniger auf den Lärmschutz für Anwohner achten als etwa die Investoren von Straßenbauprojekten. Der Schienenbau der Bahn dürfte dadurch künftig deutlich teurer werden.

Der Bundesrat riskiere mit der Anrufung des Vermittlungsausschusses, „das Ganze zu verzögern oder gar scheitern zu lassen“, kritisierte das Bundesverkehrsministerium. Im September werde gewählt. Es sei unklar, ob das im Bundesrat zustimmungspflichtige Gesetz bis dahin noch durch die Länderkammer komme. „Ob man nach der Wahl noch mal eine Mehrheit für diesen teuren Vorstoß bekommt, ist durchaus nicht garantiert“, sagte die Sprecherin.

Länder bringen Streit über den Schienenbonus in den Vermittlungsausschuss

Die Länder sehen dies jedoch völlig anders. Sie hätten den Vermittlungsausschuss angerufen, um den verbesserten Lärmschutz für die Anwohner der Bahntrassen schon früher als erst von 2016 an einzuführen. Der Schienenbonus soll nach dem Länderwillen bereits zum 1. Januar 2015 wegfallen. Darüber wollen sie mit dem Bund im Vermittlungsausschuss Ende Februar beraten.

Auf den Bund, der zu 100 Prozent Eigentümer der Deutschen Bahn ist, kämen durch das Vorziehen des verbesserten Lärmschutzes allerdings Kostensteigerungen gegenüber seiner bisherigen Finanzplanung zu. Da für die schwarz-gelbe Regierung die Haushaltskonsolidierung höchste Priorität genießt, dürfte ihr die Zustimmung zum Ländervorschlag schwerfallen. Die Länder aber spüren den Protest vor Ort. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hätten den Schienenbonus am liebsten schon vor 2015 abgeschafft. Aber dies fand keine Mehrheit.

Schienenlärmgegner kritisieren geplantes Bundesgesetz als "halbherzig"

Für den Vorsitzenden der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm, Willi Pusch (Kamp-Bornhofen), ist die geplante Änderung ohnehin „nur halbherzig“. Mit dem Vorschlag des Bundes würde sich an 97 Prozent aller Eisenbahnstrecken überhaupt nichts ändern. Nicht nur im stark befahrenen Mittelrheintal bliebe es beim alten „untragbaren Schienenbonus“. Der müsse aber bei allen Berechnungen von Schallschutz, „also in der Vorsorge und bei der Sanierung“ entfallen, fordert die Bürgerinitiative. Dafür müssten aber auch die Sanierungsrichtlinien geändert werden. Dass dies vor der Bundestagswahl gelingt, ist nicht in Sicht. Aber das Thema könnte auch eins im Wahlkampf werden.

Von Birgit Marschall und Ursula Samary



Das könnte Sie auch interessieren



SEK und MEK im Einsatz: Polizei stürmt Haus in Neuwied

Neuwied - In der Engerser Straße in Neuwied haben Kräfte der Polizei am Donnerstag ein Haus gestürmt. **mehr**



Pilot für einen Tag! Flugsimulator für Jedermann in Köln

Einmal als Pilot eine der modernsten Passagiermaschinen zu fliegen. Diesen Kindheitstraum machen wir wahr, im originalgetreuem A320 Cockpit im Flugsimulator Köln/Bonn. **mehr**

ANZEIGE



SEK-Einsatz in Neuwied: Überfälle in Dierdorf und...

Neuwied/Plaidt - Jetzt ist klar, was hinter dem aufsehenerregenden Polizeieinsatz in Neuwied steckt: Die Polizei glaubt, einer Bande auf die Spur gekommen zu sein, die Raubüberfälle in Dierdorf und... **mehr**



Vor 50 Jahren: Rekordwinter legte Rhein und Mosel auf Eis

Rheinland-Pfalz. Wenn es mal Frost gibt im Winter, ist das gleich etwas für die Nachrichten, und zweistellige Minusgrade machen Schlagzeilen. Vor 50 Jahren hätte man darüber nur gelächelt. Denn... **mehr**



Bendorf: Hat ein Mann seine Kolleginnen auf der...

Bendorf - Mit einer versteckten Digitalkamera soll er in einer Damentoilette an seinem Dienstsitz Bildaufnahmen von seinen Kolleginnen gemacht haben: Aus diesem Grund ermittelt die Koblenzer... **mehr**



iPad für 24,99€ ?

Online Auktionshaus verkauft über 1.000 iPads für 24,99€. Lesen Sie hier mehr! **mehr**

ANZEIGE

[hier werben](#)

powered by plista

Artikel kommentieren

Um Artikel kommentieren zu können, müssen Sie eingeloggt sein.

Registrieren Sie sich jetzt hier kostenlos oder loggen Sie sich mit ihrem Benutzernamen und ihrem Passwort ein.

Benutzername:

Passwort:

Login

Rhein-Zeitung

Mo, 11. Feb 2013, 09:02 © Rhein-Zeitung